



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Eine Reichstagsphantasie

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

mich zu den höchsten staatsmännischen Ehren erhoben hat, vermag ich das Bedauern, ähnliche Stufen nicht als Soldat mir erstritten zu haben, nicht ganz zu unterdrücken. Verzeihen Eure Majestät am Heiligen Abend einem Manne, der gewohnt ist, an christlichen Gedenktagen auf seine Vergangenheit zu blicken, diese Aussprache persönlicher Empfindungen. Ich wäre vielleicht ein unbrauchbarer General geworden, aber nach meiner eignen Neigung hätte ich lieber Schlachten für Eure Majestät gewonnen, wie die Generäle, die das Denkmal zieren, als diplomatische Kampagnen. Nach Gottes Willen und nach Eurer Majestät Gnade habe ich die Aussicht, in Schrift und Erz genannt zu werden, wenn die Nachwelt die Erinnerung an Eurer Majestät glorreiche Regierung verewigt. Aber die herzliche Anhänglichkeit, die ich, unabhängig von der Treue jedes ehrlichen Edelmannes für seinen Landesherrn, für Eurer Majestät Person fühle, der Schmerz und die Sorge, die ich darüber empfinde, daß ich Eurer Majestät nicht immer nach Wunsch und nicht mehr mit voller Kraft dienen kann, werden in keinem Denkmal Ausdruck finden können; und doch ist es nur dieses persönliche Gefühl in letzter Instanz, welches die Diener ihrem Monarchen, die Soldaten ihrem Führer, auf Wegen wie Friedrich II. und Eure Majestät nach Gottes Rathschluß gegangen sind, in rücksichtsloser Hingebung nachzieht. Meine Arbeitskraft entspricht nicht mehr meinem Willen, aber der Wille wird bis zum letzten Atem Eurer Majestät gehören.

von Bismarck



Eine Reichstagsphantasie



er sich vorurteilslos die parlamentarische Entwicklung unsers Volkes betrachtet, der wird die eigentümliche Thatsache erkennen, daß das Ansehen des Reichstags, das Interesse für ihn in dem Grade gesunken ist, als das an den Wahlen gestiegen ist. Fast alle Parteien, jede auf ihre Art, sind nicht mit den Einzelleistungen des Reichstags, das deutsche Volk nicht mit seiner Gesamtleistung zufrieden. So auf der einen Seite. Auf der andern ist die Wahlbewegung lauter, oft wilder und unsittlicher geworden, die Leidenschaften sind unverhältnismäßig geweckt und gesteigert worden. Das läßt sich bei den letzten drei Wahlen deutlich beobachten, so verschiedene Ergebnisse sie auch zeigten. Die von 1884 und 1890 brachten ein Überwiegen der Linken und des Zentrums, die von 1887 der Liberalen und der Konservativen, Thatsachen, die umso mehr

befremden müssen, als sich in den wenigen Jahren sonst nicht sonderlich viel geändert hat. Der Grund dürfte sein, daß die Mehrzahl der Menschen in unsrer hastigen Zeit stärker von der Augenblicksstimmung und Meinung abhängt, als sie ahnt, und die Wahl 1887 unter regierungsgünstigeren Verhältnissen erfolgte als die beiden andern. Daß in einem stetigen Entwicklungsgange so Wesentliches, ja fast das Wichtigste nicht von solchen Zufälligkeiten abhängen sollte, liegt auf der Hand; ebenso wie gefährlich, ja unwürdig es ist, die Regierung zu zwingen, Wahlen womöglich unter Umständen, die ihr günstig sind, abhalten zu lassen, sie gewissermaßen zu einer Partei hinabzudrücken. Die Wahlen von 1884 ergaben einen Reichstag, der entschieden nicht die wahre Meinung des deutschen Volkes zum Ausdruck brachte, sondern das Erzeugnis der Parteien war. Die regierungsfeindlichen erdrückten die regierungsfreundlichen. 1884 einigten sich die Katholisch-Kirchlichen mit Fortschritt, Demokratie und Sozialdemokratie, um keinen Liberalen oder Konservativen ins Parlament zu lassen. 1890 waren diese mehr gewizigt und schlossen ein „Kartell,“ erlagen aber doch oft dem vielseitigen Ansturme. Nun kann man doktrinär sagen, so gut wie Liberale und Konservative ein Kartell schlossen, können es auch die andern Parteien thun, oder thatsächlich darnach handeln. Das ist aber ein falscher Schluß. Liberale und Konservative, mit den Freikonservativen in der Mitte, stehen einander innerlich nahe, sind bei den augenblicklichen Verhältnissen nur Abweichungen von derselben Gesamtfarbe. Ganz anders die Gegner: das einzige, was sie verbindet, ist der Widerspruch gegen Regierungsvorlagen. Was hat ein Pole mit einem Dänen oder Elsäßer gemein? Gar nichts. Was das Zentrum mit dem Fortschritt? Das eine ist eine Kirchenpartei, das andre eine kirchenseindliche. Ja was der Fortschritt mit den Sozialdemokraten? Der Fortschritt wurzelt im Bürgerstande auf stark semitischer Grundlage; die Sozialdemokraten sind Arbeiterpartei und erklären dem Besitz, der gerade im Fortschritt herrscht, den Krieg. Wie unvergleichlich näher in der Gesinnung stehen sich das katholisch-kirchliche Zentrum und die vielfach evangelisch-kirchlichen Konservativen: beide Teile werden gewählt wesentlich von der Landbevölkerung. Oder die Liberalen und der Fortschritt: beide beruhen auf dem Bürgerstande der Städte und bestanden, als das Semitentum auch die Liberalen zersezte, eine Zeit lang als Schattirungen neben einander. Wie die Dinge liegen, sind ja die Bündnisse der größten Gegensätze für die betreffenden Parteien sehr praktisch, für das politische und soziale Empfinden des deutschen Volkes aber sinnverwirrend und tief unsittlich.

Ist das aber vom Standpunkte der innern Gesundheit schwer beklagenswert, so nicht minder vom praktisch-politischen. Die Volksvertretung ist keine wirkliche, sondern nur eine scheinbare, sie entspricht nicht dem Stimmenverhältnis. 1884 würde z. B. in Württemberg ohne Unterstützung der Katholiken

nur ein Demokrat durchgegangen sein, und auch der nur durch die Stimmen der Sozialdemokraten; jetzt bei verdreifachter Stimmenzahl sind zehn ins Parlament gelangt. In Kaiserslautern wurde damals ein Liberale von vier durchaus verschiedenen Parteien niedergestimmt, und so fort. Bei den letzten Wahlen sind an Stimmen abgegeben worden: Konservative 919646; ins Parlament treten 71 Vertreter dieser Partei; Nationalliberale 1169112 Stimmen, die aber nur 41 Sitze erkämpft haben, also trotz einer Mehrheit von $\frac{1}{4}$ Million Stimmen doch 30 Sitze weniger. Ähnlich verhält es sich zwischen Freisinn und Sozialdemokraten, erstere haben 1147863, letztere 1343587 Stimmen erhalten, also fast 200000 mehr; und doch haben die Sozialdemokraten nur 35, die Freisinnigen dagegen 69 Vertreter, d. h. zugleich trotz geringerer Stimmenzahl 28 Vertreter mehr als die Nationalliberalen.

Jeder Unbefangene wird zugestehen, daß das ganz widersinnige Ergebnisse sind, herbeigeführt einerseits durch die verschiedene Zusammensetzung der Wahlkreise, anderseits durch die Stichwahlen. Während Konservative und Zentrum, wie gesagt, von verhältnismäßig einheitlicher Landbevölkerung getragen werden, wurzeln die andern drei Parteien in den bunt zusammengesetzten Bewohnern der Städte mit ihren mannigfachen Gegensätzen. Daher hier starke Zersplitterung und Stichwahlen, für die letzten Reichstagswahlen nicht weniger als 148 von 397, also mehr als ein Drittel. Von diesen Stichwahlen waren die Nationalliberalen an 77 beteiligt, trotz ihrer großen Stimmenzahl hatten sie anfangs nur etwas über ein Duzend Sitze erlangt, nicht viel mehr die Deutschfreisinnigen, und schließlich doch der klaffende Unterschied. Es kann wohl keinen berechneten Beweisgrund gegen die Stichwahlen geben, als diese einfachen Zahlen. Nicht nur, daß sie die Nachteile erneuten Kampfes (bis zu viermal z. B. in Hamm) mit seinen vielen Zufälligkeiten bieten, sie entstellen geradezu, weil besondere Erwägungen, ja eine ganz kleine, ursprünglich nicht zur Sache gehörige Anzahl den Ausschlag giebt: in Leipzig z. B. bei Liberalen und Sozialdemokraten die Antisemiten, deren Führer unmittelbar vor der Stichwahl erklärte, beide Teile stünden seiner Partei gleich fern. An andern Orten, wo Liberale und Freisinnige gegenüberstanden, lag die Entscheidung beim Zentrum, wo Liberale und Ultramontane mit einander rangen, beim Freisinn, und so fort. Man sieht, es mag herauskommen, was da will, ein gesundes, sachentsprechendes Ergebnis findet sich nicht oder doch nur bisweilen. Die Minderheiten, auch wenn sie noch so bedeutend sind, werden mundtot gemacht, Stimmenzahl und Vertretung decken sich nicht. Die Mehrheiten sind Kunstzeugnisse, die Volksmeinung wird gefälscht. Kann es größern Widersinn geben, als wenn die reichsten Städte Deutschlands, wenn Hamburg und Frankfurt, die erste Handelsstadt des Kontinents und eine der ersten Finanzstädte, durch Sozialdemokraten vertreten sind, wenn alle drei Hansestädte Sozialisten in den Reichstag schicken, was zugleich bedeutet, daß einer der wichtigsten Zweige

unfers Volkslebens, der überseeische Handel, unvertreten bleibt? Gerade die charakteristische Eigenart, die zur Geltung gebracht werden müßte, ist weggewischt zu Gunsten einer einseitigen, vaterlandslosen Arbeiterpartei.

Die Meinung des Gesetzgebers war, daß jeder erwachsene Staatsbürger unbeeinflusst, nach bestem Wissen und Gewissen, seine Stimme für den Reichstag abgebe und dadurch sein Teil zur Leitung des Vaterlandes beitrage. Nun aber haben sich Parteien gebildet mit der ganzen Selbstsucht einer Partei, die sich geltend zu machen, d. h. die Masse zu gewinnen sucht, gerade den Teil der Bevölkerung, der über die in Betracht kommenden Fragen am wenigsten urteilsfähig ist, der aber eben als Masse den Ausschlag giebt. In dem hier entbrennenden Kampfe haben sich alle Schattenseiten eines Kampfes entwickelt. Jede Partei sucht Stimmen zu gewinnen, die Extremsten wie immer am gewissenlosesten. Geradezu empörend wird mit den Un- und Halbgebildeten umgegangen; es werden Wünsche und Gelüste erweckt, die nie befriedigt werden können, und die von denen am wenigsten befriedigt werden würden, die sie anregen. Gewaltsam wird die Parteileidenschaft aufgestachelt, zu direkten und indirekten Vergewaltigungen geschritten, um das Ziel zu erreichen. Unsägliches Geld und kostbare Kraft wird vergeudet. Durch Tagespresse, Flugblätter und Anschläge bekämpfen sich die Parteien und in diesen nur zu oft die Personen. Bis zum Wahltage hat man es glücklich dahin gebracht, daß ein großer Teil der Wähler völlig verwirrt ist und selber nicht mehr weiß, was er will, welchem von allen Volksbeglückern er glauben soll. Die ruhigen Bürger fangen an, den Wahltag als einen Tag von Unruhen und Gefahren zu fürchten; in den größern Städten muß man Polizei und Truppen für alle Fälle bereit halten. Hier pflegt die Krisis gewaltsam kurz, bisweilen fast krampfartig zu wirken, viel Aufregung und Lärm, Reden und Bier. Anders in kleineren Ortschaften, wo die Menschen einander kennen: dort bringen die Wahlen oft langdauerndes Ungemach und persönliche Verfeindung, unter denen Einzelne oder Gruppen und schließlich alle zu leiden haben.

Unsre Vorfahren hegten ein ausgesprochen geringes Interesse für Politik, bei den jetzt lebenden ist es oft übermäßig. Die Schuld daran tragen Parlament und Parteigetriebe und damit zusammenhängend die Presse. Die Empfindung ist abgestumpft von der ungeheuern Hochflut politischer Blätter, mit der man überschwemmt wird; erst wer sich die Vergangenheit vorstellt, bekommt davon einen Begriff. Früher waren Zeitungen selten, es waren kleine Blättchen mit Haupt- und Staatsaktionen und allerlei bunten Mitteilungen. Dann kam die französische Revolution mit ihren Leidenschaften und Erschütterungen, mit gesteigerter Teilnahme für politische Ereignisse und wurde zur Brutstätte des modernen Zeitungswesens. Der furchtbare Marat und der überschäumende, zweifelhafte Desmoulins sind gleichsam seine Begründer gewesen, und nie hat es seinen fragwürdigen Ursprung überwunden. Im Grunde ist das Zeitungs-

wesen noch heute revolutionär, wenn nicht nach der einen, so nach der andern Seite. Es ist zu einer Macht erwachsen, einer Großmacht, der niemand ungestraft widerstreitet. Die Blätter haben ein Riesenformat und massenhafte Beilagen bekommen. Sie nehmen das Auge des Gebildeten und des Ungebildeten mehr als irgend etwas andres in Anspruch, das Tageblatt ist ebenso zum Bedürfnis geworden, wie Zigarrenrauchen und Kaffeetrinken. Unzählige lesen nur noch das Tageblatt und schöpfen daraus ihre ganze Bildung. Damit ist der Einfluß der Presse entscheidend geworden, in ihr sammelt sich die ganze Partei- und Interessenwirtschaft, und das „dumme Publikum“ hat keine Ahnung, in welcher Weise ihm seine tägliche Geistesnahrung zurecht gemacht wird, wie sich die traurigsten Verhältnisse in der Massenpresse eingebürgert haben: Parteilichkeit, Verleumdung, Charakterlosigkeit, Unwissenheit, Käuflichkeit, Sensationsucht und vor allem Seichtheit und Oberflächlichkeit! Tagtäglich sollen Tausende solcher Riesenblätter für eine bestimmte Stunde fertig sein; wer hat da Zeit zu Gründlichkeit und Genauigkeit! Wird doch nur gelesen, um vergessen zu werden; ist doch auch das Publikum längst der Gründlichkeit des Lesens entwöhnt. Die Presse mit ihrer durchaus politischen und parteiischen Richtung ist einer der schwersten Krebschäden unsers Jahrhunderts, der unendlich viel Zeit beansprucht, Gutes und Bestes erdrückt, Glaube und Vertrauen zu Staat und Gesellschaft erschüttert, Urteil und Zweifelucht bei Leuten erweckt, die weder zum Urteilen noch zum Zweifeln fähig sind. Es wird ihnen eingeredet, sie hätten das Recht oder gar die Pflicht, den politischen Suppenlöffel zu schwingen, während die gewöhnlichste Suppe doch nur der kochen kann, der eben zu kochen versteht. Man giebt zu, das alles gelernt sein will, nur die Politik, die schwerste und verwickeltste aller Künste, sie glaubt jeder zu verstehen. Durch die Presse ist Unruhe, Besserwissen und namentlich Unzufriedenheit in immer weitere Kreise getragen worden, und das in einer Zeit, die der Freiheit mehr als irgend eine vorausgegangene gewährt. Nie haben sich so viele Menschen unglücklich gefühlt und sind sich dessen so bewußt gewesen, wie in dem Jahrhundert der persönlichen Individualität und der Selbstucht, des wilden Interessenkampfes, in dem wir leben. Selbstmorde und Verbrechen, Nervenkrankheiten und Wahnsinn sind die düstere Rehrseite unsrer glänzendsten Errungenschaften. An all diesem Elende verschuldet eine aufregende „freiheitliche“ und „volksfreundliche“ Presse unendlich mehr, als sie ahnt oder wissen will. Parlament und Presse, wie sie geworden sind und wie sie immer mehr zu werden drohen, sind ein Fluch unsrer Zeit: die kommenden Geschlechter werden richten.

Eine Volksvertretung, ein Regulator, ein Gegengewicht gegen die Allmacht der Regierung ist bei dem verwickelten Staatswesen und den tausendfach sich kreuzenden, unübersichtlich durcheinander wirbelnden Bestrebungen von Einzelnen und Völkern notwendig. Es fragt sich nur, ob das jetzige Parlament diesem Zweck entspricht. Und da müssen wir mit Nein antworten: erstens weil

es nur eine Schein- und keine wirkliche Volksvertretung ist, und zweitens weil es ein politisches Parlament ist und doch soziale und wirtschaftliche Dinge zu beraten hat, die, genau gesehen, mit den politischen Parteiungen nichts gemein haben.

Erläutern wir zunächst das erste. Dadurch daß das Volk Vertreter wählt, ist es noch lange nicht in seinen verschiedenen Schichten, d. h. als wirkliches Volk vertreten. Der Wählermasse werden zwei, drei oder mehr Namen als Vertreter so und so vieler Parteien genannt, dafür wird Propaganda gemacht und den Wählern eingeredet, es seien das ihre Parteien, sie bestünden aus und in ihnen. Da es sich aber um politische Gruppen handelt, die über soziale Dinge entscheiden sollen, so ist der Standpunkt von vornherein unklar und verschoben und dem gewöhnlichen Tagesmenschen unverständlich. Er ist berufen, aber thatsächlich nicht imstande, über die Dinge und Personen zu urteilen, über die er entscheiden soll. Die Dinge betrachtet er im besten Falle von seinem Standpunkte oder dem, den man ihm beigebracht hat, die Personen hat er oft bis dahin nicht einmal dem Namen nach gekannt: ein ausgesucht günstiger Zustand für Wahlumtriebe. Wer die größten Geldmittel besitzt, diese am geschicktesten anwendet oder am besten zu reden, am gewissenlosesten zu verleumden versteht, bleibt obenauf, und der beste Redner ist gewöhnlich der, dessen Handwerk es ist: der Advokat. Daher das zeitweise erdrückende Übergewicht gerade dieses Standes im Parlamente. Der Wähler wird genötigt, aus einer ihm gewaltsam gegenüberstehenden Zahl auszuwählen oder seine Stimme wertlos zu machen; ob ihm die Männer passen, ist gleichgültig. So hat es sich gemacht, daß unsre Parlamente nicht das Volk darstellen, sondern nur seine reichern oder doch gebildeteren Klassen. Die weit überwiegende Mehrzahl der Wähler: der Bauer, der Arbeiter, der kleine Gewerbetreibende war nicht vorhanden. Von diesem Gesichtspunkte erscheint das Auftreten der Sozialdemokratie als ein naturgemäßer Rückschlag; erst mit ihr gelangte die Hauptwählermasse zum Wort. Während die übrigen Parteien politisch und religiös wirken, vermag die Sozialdemokratie zu sagen: ich vertrete den Arbeiter, ich vertrete einen Stand. Auf diesem Boden beruht ihre Eigenart, ihre gewaltig anschwellende Macht, oft ihre Überlegenheit. Das Unglück wollte, daß sie im Parteigetriebe stand und so auch zur Partei wurde, und zwar, wie die Dinge lagen, zu einer regierungsfeindlichen, daß sich mit der Vertretung des Arbeiters, mit dem Gefühle, er gelange zu Macht, alsbald allerlei weitgreifende Zukunftspläne verbanden.

Wir sagen: die heutigen Parlamente sind politische und beraten Wirtschaftsfragen, stehen also von vornherein in schiefer Lage. Nur für ein Parlament wie das frühere englische erwies sich politische Parteiwahl vielseitig leistungsfähig. Es zerfiel in die zwei natürlichen Hauptgruppen der menschlichen Denkweise: in Liberale und Konservative. Die herrschende Partei stellte

auch die Minister und übte durch sie die Regierung, die Gegenpartei kritisierte. Regierte eine Partei schlecht oder unglücklich, so wuchs die Zahl der Unzufriedenen und folglich auch die der Anhänger der Gegenpartei, bis diese ihrerseits die Führung und die nunmehr unterliegende die freigewordene Rolle der Opposition übernahm. Die Haltung der Regierung war gegeben und einfach, sie brauchte nur die Lenker der parlamentarischen Mehrheit ins Ministerium zu berufen und besaß durch sie auch die Mehrheit. In dem heutigen England liegen die Verhältnisse bekanntlich schon anders.

Weit verworrener noch sind die Parlamente des Festlandes. Im Mittelalter herrschte eine ständische Vertretung, und auch noch die Konstituante von 1789 wurde nach Ständen berufen: nach Klerus, Adel und dem dritten Stande, der alles umfaßte, was nicht zum Klerus und zum Adel gehörte. Diese wählten je dreihundert Vertreter, der dritte Stand sechshundert, so viel also wie die andern zusammen. Man muß gestehen, dieser Wahlmodus entsprach den Verhältnissen des damaligen Frankreichs und hätte, gut gehandhabt und in seinem Ergebnis richtig geleitet, Segen stiften und Wohlfahrt schaffen können. Aber leider fehlte die Leitung, und aus dem Sitzungssaale, aus den Händen der Regierung geriet die Macht in die der Pariser Straßendemagogen: der ständische Reichstag wurde zur politischen Revolution, die alles Ständische hinweglegte. In der Konstituante bildeten sich die drei Gruppen: Konservative, Gemäßigte und Radikale, oder nach ihren Sizen Rechte, Zentrum und Linke. Das Parlament wurde Behörde und nahm dadurch ein Wesen an, das sich mit einer geordneten Monarchie nicht vertrug, sie unmöglich machte. Als die nächste Versammlung, die Legislative berufen wurde, geschah es nicht mehr nach Ständen, sondern, da solche im damaligen Frankreich aufgehört hatten, nach allgemeinem Stimmrechte. Wie wenig man aber thatsächlich darauf gab, zeigt die Thatsache, daß in Paris, dem Brennpunkte des staatlichen Daseins, von 81200 Urwählern nur 7200 ihre Stimme abgaben; nach heutiger Anschauung eine unbegreifliche Minderheit. Wie gesagt, das rein demokratische Wahlsystem paßte für das demokratische Frankreich von 1791. Für monarchische Staaten eignete es sich nicht, daher wollte der große preußische Reformminister Freiherr vom Stein seine Provinziallandtage aus Ritterschaft, Städten und Bauern zusammensetzen, aus den drei Ständen, die das damalige Preußen bildeten. Allmählich gelangte dann aber doch die französische Schablone zur Geltung, gleichviel, ob sie sachlich entsprach oder nicht, und so haben wir heute das Unding, daß politische Parteien über Gesetz- und Wirtschaftsfragen entscheiden, für die sie gar nicht passen, zu denen sie in gar keiner Beziehung stehen. Nach unserm Dafürhalten krankt der ganze Parlamentarismus an innerer Unwahrheit, und das ist der Grund seiner geringen Leistungsfähigkeit, seiner unwürdigen Lärm- und Skandal szenen.

Vielfach betrügt man sich selbst oder hat sich durch Gewohnheit in eine gewisse Denkweise verrannt. Es scheint den meisten auf der Hand zu liegen, daß

z. B. Schutz Zoll vom konservativen oder freisinnigen Standpunkte beurteilt werden könne, und zwar so, daß der Konservative dafür, der Freisinnige dagegen ist; in Wirklichkeit ein reiner Trugschluß. Weder das eine noch das andre hat mit konservativ oder freisinnig etwas zu thun, sondern es fragt sich: was ist unter den gegebenen Verhältnissen für Volk und Staat das Richtige? und da zeigt sich, daß das liberale England und die republikanischen Vereinigten Staaten Nordamerikas Hauptvertreter des Schutzzolles gewesen sind. Während in Deutschland sich der Freisinn aus freiheitlichen und Fortschrittsgründen gegen das Tabaksmonopol erklärte, führte die demokratische Schweiz trotz solcher Gründe das Spiritusmonopol ein, ohne Aufhebens davon zu machen.

Bei politischer Parteilung kann unmöglich objektiv über Wirtschaftsfragen entschieden werden, denn bei beiden sind ganz verschiedene Gesichtspunkte maßgebend. Wirtschaftsfragen sollen nach innern Gründen, nach der Kenntnis von ihnen, abgelöst von allen Nebengedanken, entschieden werden; und doch zeigen sich gerade diese nur zu oft entscheidend. Ganz auseinanderstrebende Parteien verbinden sich, um je ihre Sonderinteressen durchzusetzen, gleichviel ob die Gesamtheit darunter leidet. Die politische Parteilung drängt unwillkürlich zu persönlichem Verhalten gegen die, die Gesetzesvorschläge einbringen, d. h. zu den regierenden Personen, und so entwickelt sich ein Kampf um diese, bei denen die allein maßgebende Sache zurücktritt. Im Volke entsteht die Meinung, die „Volksvertretung“ schütze seine Rechte, die Regierung suche sie zu beeinträchtigen, und doch ist dies ganz unsinnig: die Regierung vertritt das Volk und seine Interessen ebenso gut wie das Parlament, nur in andrer Form, sie steht dem Volke nicht gegenüber, sondern beruht in und auf dem Volke. Durch die Auflösung des Parlaments in verschiedene sich unter einander bekämpfende Parteien wird die Stellung der Regierung äußerst schwierig, nicht selten unglücklich und unwürdig. Sie muß stets Rücksichten nehmen, weit ab von der Vorlage und kann nicht durch bloße Überzeugung und Wahrheit wirken. Auch sie muß bei Wirtschaftsfragen Politik treiben. Und wird das Parlament entlassen oder treten gesetzlich Neuwahlen ein, so ist der Ausfall der Wahlen, der von unzähligen, nicht von der Regierung ausgehenden, nicht von ihr geschaffenen Verhältnissen abhängt, doch stets eine Art von Regierungskritik, schädlich für stetige Entwicklung.

Nach alledem erscheint uns das jetzige Parlamentswesen krank und gefälscht, weit entfernt von dem, was es sein sollte, ebenso gefälscht wie die französischen Revolutionsbegriffe von Freiheit und Gleichheit, in deren Namen schon so unendlich viel gesündigt worden ist. Das Auftreten der Sozialdemokratie bedeutet hier eine wichtige, vielleicht entscheidende Wendung; mit ihr tritt wieder ein Stand ein, mit ihr — so befremdlich es klingen mag — gelangt das Parlament wieder auf die Bahn unsrer Voreltern, von der es weit abgeirrt

ist. Freilich der Eintritt geschieht mit der ganzen Ungeschlachtheit und Unklarheit, der scheinbar neuen Dingen gewöhnlich eigen ist. Der Stand der Arbeiter wird in den Augen der Sozialdemokratie zum Stande der Unterdrückten, ihre Parole wird: arm und reich; an die Stelle des Standesgefühls tritt Verbitterung und Haß gegen den Besitz. Doch darf man nicht zu schwarz sehen, die Mehrzahl der Wähler steht den Plänen der eigentlichen Volksbeglucker fern; sie ist einfach unzufrieden, weil sie glaubt, ihre Einnahmen deckten sich nicht mit berechtigten Ansprüchen, und weil sie sich sagt: die andern Parteien thun weniger für uns als die Sozialdemokraten, folglich entscheiden wir uns für sie. Die Sozialdemokratie in Deutschland ähnelt dem Boulangismus in Frankreich, nur daß sie echt deutsch alles theoretisch, der Franzose echt französisch alles persönlich faßt.

Bisher, wo die Sozialdemokratie eine augenscheinlich staatsgefährliche Seite hervorgekehrte, war es Pflicht der staatserhaltenden Regierung, sie möglichst wenig aufkommen zu lassen. Doch ihr Wachstum beweist ihre Lebenskraft, beweist, daß der Boden, auf dem sie sproßt, sie gewissermaßen selbst erzeugt. So konnte sie bei den letzten Wahlen mit elementarer Gewalt anwachsen. Bleibt sie in ihrer bisherigen Richtung, von oben gedämpft, von unten und seitwärts geschürt, so kann sie zu einer Gefahr werden; die Geschichte lehrt, wozu leidenschaftliche Verbissenheit im Augenblicke fähig ist, und wie Einzelne ganze Tausende, ja Millionen mit sich zu reißen vermögen. Freilich die Stärke der Sozialdemokratie beruht im Ringen, in der Erregung des Kampfes; im Besitze von Macht, in der Ruhe würden alsbald die Gegensätze in ihr zu Tage treten und sich zerlegen. Sie ist noch viel zu unfertig und wird nie ein einheitliches Ergebnis auch nur erstreben können, in ihrer Stärke liegt zugleich ihre Schwäche. Ihre Stütze ist die Masse; sie sucht alle Nichtbesitzenden in ihre Wirbel, die Hauptgrundlagen des Staates zu sich hinüber zu ziehen: die niedern Beamten und die gemeinen Soldaten.

Bei den niedern Beamten ist Entfremdung schon vielfach erfolgt, statt des Beamtenstolzes fühlen sich manche als ausgenutzte Proletarier. Das Heer betrachtet sich noch schroff als Stand, doch Gedanken sind wie zerfessende Spaltpilze, sie finden überall Eingang; und in das Heer treten von der einen Seite junge Leute als Rekruten ein, Hauptanhänger der Sozialdemokratie, von der andern Reservisten als verbitterte und organisierte Parteimänner. Handhabung strenger Disziplin vermag da nicht viel, sie ist nur so lange zulässig, als der Geist der Truppe sie trägt.

Somit würde es darauf ankommen, die Sozialdemokratie aus einer zerstörenden womöglich zu einer schöpferischen Macht umzugestalten, ihr ihre staatsfeindliche Richtung zu nehmen. In dem jetzigen Parlamente wird das unmöglich sein, die Sozialdemokratie paßt nicht hinein, sie ist eine soziale, keine politische Partei, und als solche wird sie in einer nicht entsprechenden Umgebung

auch umstürzlerisch bleiben. Es gälte deshalb Umgestaltung des Reichstages, d. h. des Wahlmodus. Da giebt es denn einen Wahlmodus nach Zensusklassen. Dieser paßte vortrefflich für den ältern preußischen Staat, wo der Reichtum in den Händen des grundbesitzenden Adels lag, der Jahrhunderte lang mit Gut und Blut für die Monarchie eingetreten war und dadurch ein geschichtliches Recht auf Teilnahme erwarb. Das ist jetzt anders. Den Hauptreichtum besitzen städtische Kapitalisten, oft jüdische, die nicht durch Verdienst und Arbeit reich geworden sind. Ihr Stimme die von Tausenden aufwiegen zu lassen, wäre eine Unnatur. Außerdem würde mit einem solchen Wahlmodus nicht dem Volke geholfen, sondern größtenteils nur dem Fortschritt. Ein andres Verfahren bestünde in Bildungsklassen, etwa mit dem Abiturientenexamen als Hauptgrenze. Aber auch das ließe auf Kapitalbevorzugung hinaus, denn der begabte Arme, dessen Eltern nicht das Gymnasium haben bezahlen können, stünde vor dem dummen Reichen zurück, bei dem es der Fall gewesen ist. Auch eine Zurückverlegung der Wahlberechtigung nach dem Alter erscheint unausführbar in unsrer schnelllebigen Zeit, wo sich die Bürschchen erstaunlich früh für reif halten und besonders starke Krawehlorgane entwickeln. Überdies würde nicht viel erreicht werden.

Uns dünkt, es ließe sich dort fortfahren, wo unsre Großeltern standen und wo wir aufhörten, bis die Sozialdemokraten sie thatsächlich wieder einführten: bei den Standeswahlen.

Das Volk der Gegenwart besteht natürlich nicht aus Klerus, Adel und einem dritten Stande, nicht aus Geburts-, sondern aus Berufsständen, und zwar aus Ackerbauern, Handwerkern, Kaufleuten und Beamten. Diese vier Gruppen ließen sich sehr wohl für die Wahl zu Grunde legen, und zwar so, daß in denselben Kreisen jede Gruppe für sich abstimmte. Die großen Bezirke wären in Unterbezirke zu teilen, von einem Umfange, den die einzelnen Zugehörigen noch ungefähr zu übersehen vermöchten. Diese wählten alsdann ihren Vertrauensmann und aus den Vertrauensmännern des Kreises ginge schließlich dessen Vertreter hervor, sei es durch Wahl, sei es durch das Los, was hier keinen so großen Unterschied bilden würde, weil schon die Auswahl vorhanden ist, schon Gleichartige da sind, wie bekanntlich auch bei den gleichartigen Bürgern Athens das Los entschied.

Auf diese Weise bestünde der Reichstag nicht aus künstlich erzeugten Parteimännern, sondern es wäre das Volk in seinen wirklichen Teilen vertreten, denn der Ackerbauer würde in der Regel einem Ackerbauern und nicht einem Advokaten seine Stimme geben. Im Parlamente säßen Fachmänner, das gefährliche Berufsparlamentarierthum mit seinem eiteln Geschwätz, seinem lauen Halbwissen und seiner faden Zeitungsreklame träte zurück vor der sachlichen Erwägung wirklich Kundiger. Auch hier würden sich zwei Hauptgruppen, eine fortschrittlichere und eine konservativere, entwickeln, aber da doch nicht sie, sondern

die Standeswählerschaft die Grundlage bildeten, so könnten sie sich nur schwer zu der Einseitigkeit und der Festigkeit der jetzigen Parteien verdichten. Die Regierung, der das leidige Parteigezänk abgenommen oder doch vermindert wäre, hätte eine unvergleichlich leichtere und klarere Stellung, im Ackerbauer- und Beamtenstande auch von vornherein zwei konservativere Gruppen. Freilich würden jetzt die Standesrücksichten auf einander stoßen; eine Sache, die den Kaufleuten genehm wäre, könnten die Ackerbauer für sich als gefährlich erachten; aber immer blieben noch zwei andre Stände, die nach Anhören des Für und Wider die Entscheidung mit Rücksicht auf das allgemein Bessere geben könnten. Daß die Stände ganz geschlossen stimmten und dadurch zwei gegen zwei stünden, würde nicht oft zu erwarten sein; wenn es geschähe, nun so wäre der Antrag abgelehnt.

Dann kämen auch die zwei Grundübel des jetzigen parlamentarischen Systems in Wegfall oder würden doch gemildert: die Wahlumtriebe und das Preßunwesen. Die Wahlumtriebe schon deshalb, weil die Abteilungen kleiner, die Verhältnisse vereinfacht und die in Betracht kommende Person bekannter, der Einzelwähler also imstande wäre, sich still ein Urteil zu bilden, was doch erste Bedingung sein sollte. Die Erschütterungen von Ruhe und Ordnung, die neuerdings die Wahl gebracht hat, würden aufhören mit der geringer entfalteten Leidenschaft. Durch die Standesvertretung erhielte das ganze parlamentarische Denkwesen einen andern Gang; an die Stelle der Parteibestrebungen träte die nach Gewerbegruppen, an die Stelle der politischen Erwägung die soziale. Die jetzige Parteieinseitigkeit wäre durchkreuzt und mit ihr der Geist jener entsetzlichen Lügenhaftigkeit, der unser ganzes Volksleben bereits durchkrankt hat. Will der Kaufmann oder Beamte als solcher etwas, so hat man etwas Greifbares in den Händen, will es aber ein Fortschrittler oder Konservativer, so liegt von vornherein das Parteiwesen in der Sache.

Auch die Gefahr der Sozialdemokratie mit ihrem Gegensatz von Armen und Besitzenden würde nicht mehr zu befürchten sein, weil nun beide Teile in derselben Gruppe stimmten, und schließlich ein Arbeiter sich viel leichter gefallen läßt, wenn sein Fabrikherr als Sachvertreter in den Reichstag kommt, als wenn er es als Reicher vor dem Armen thut; und umgekehrt der Arbeiter: als Standesgenosse wird er viel eher das gemeinsame Interesse wahren, wie als Sozialdemokrat vor dem Liberalen. Das Wahlalter und die Wählerzahl bliebe erhalten, und damit wäre eine Hauptschwierigkeit etwaiger Reformen beseitigt, denn die im Besitz befindlichen brauchten nichts aufzugeben. Ferner fiel das sich vordrängende semitische Element weg, teils nur vertreten durch wirkliche Juden oder durch solche, die es zu fein verdienten.

Mancher wird sagen: Das klingt alles recht gut und schön, aber wie es einführen? der Wahlmodus ist nicht scharf genug, weil viele Menschen zwei oder gar drei Gewerbe zugleich treiben, und dann: unsre Verfassung ist garantiert.

Auf das erste ist zu erwidern: Den Leuten, die mehrere Gewerbe treiben, läßt man die Wahl, in die Gruppe einzutreten, die sie für ihr Hauptgewerbe halten. Der Trieb der Selbsterhaltung wird sie ziemlich regelmäßig in die richtige Klasse führen. Hat z. B. der Handwerker einer Kleinstadt zugleich einen Acker, so wird er sich schwerlich in den Ackerstand eintragen lassen, weil für ihn die Handwerksberatungen wichtiger sind. Das Umgekehrte wird der Fall sein, wenn ein Gutsbesitzer eine Brennerei oder dergleichen auf seinem Hofe hat, er also Ackerbauer, Handwerker und Kaufmann zugleich ist; da wird er ganz genau wissen, was für ihn entscheidend wirkt, der Acker- oder der Fabriktertrag. Wirklich falsche Angaben ließen sich durch eine Vertrauensmännerkommission verbessern. Fabrikarbeiter, Erdarbeiter u. dergl. sind natürlich den Handwerkern beizuzählen; Ärzte, Advokaten u. den Beamten. Rentiers bleiben in dem Gewerbe, das sie emporgebracht hat, u. dergl. m. Bei ernstem Willen wären hier keine besondern Schwierigkeiten.

Und die garantirte Verfassung? Ja, damit ist es ein eigen Ding. Betonte man sie einseitig, so machte man jede Weiterentwicklung unmöglich. Außerdem muß eine Verfassung von beiden Teilen gehalten werden; in der letzten Zeit hat es aber nur die Regierung gethan, während die Wahlumtriebe, Wahlbeeinflussungen und Vergewaltigungen thatsächlicher Verfassungsbruch sind. Man könnte es also der Regierung nicht übel nehmen, wenn sie sagte: ich habe hier kein gesetzlich gewähltes Parlament vor mir und sehe mich deshalb auch meinerseits nicht veranlaßt, gesetzlicher als ein großer Teil der Wähler zu sein. Doch dies wäre zunächst gar nicht nötig. Träfen eine würdige Presse, ernstdenkende Parlamentarier und ruhige Männer die Einleitung, durchdränge erst das Volk der Gedanke: das jetzige System ist vom Übel, die Volksvertretung vertritt mich gar nicht, die Regierung bietet mir Besseres und Naturgemäßeres, so könnte diese den Antrag auf Änderung der Wahlordnung im Reichstage stellen, wie seinerzeit die französische den auf Listenskrutinium. Lehnte der Reichstag ab, so würde er nach Hause geschickt und ein neuer gewählt, in dem voraussichtlich schon eine größere Neigung für die Regierungsvorlage herrschen würde. Er stimmte zu oder nutzte sich ebenfalls ab. Würde dann wieder bei der Wahl vergewaltigt, so hätte unser Daserhalten die Regierung das unzweifelhafte Recht, es ebenso zu machen und, wenn sie es für die unfreie und beeinflusste Wählermasse, für Volk und Staat für gut hält, den neuen Wahlmodus einfach zu dekretiren. Viele, vielleicht die Mehrzahl, würden nicht wählen, viele aber würden es thun; die Vertrauensmänner träten in dem neuen Reichstage zusammen, dem die Regierung nachträgliche Genehmigung des Geschehenen vorlegte, die sie auch erhalten würde kraft des Selbsterhaltungstriebes der Gewählten. Beide Teile, die frühern Wähler und die Regierung, könnten sich alsdann nicht viel vorwerfen; man wäre beiderseits von der Verfassung abgewichen, und überdies hätten nur die Wähler ihre

Partei im Auge gehabt, die Regierung handelte nach bestem Wissen für die Gesamtheit. Da niemand den Besitz eines Rechtes verlöre, so halten wir den Übergang keineswegs für gefährlich; es würde viel Zeitungslärm, vielleicht auch hier und da eine Zusammenrottung geben, aber daran ist man schon gewöhnt, und noch hat die Regierung die Macht in den Händen; sie wäre thöricht, sich diese entwinden zu lassen, sie wäre verantwortlich, denn ihr steht es zu, für das Wohl der Gesamtheit zu wachen.

Eine zweite Art der Einführung bestünde darin, daß ein Land, etwa Sachsen, Baden oder Württemberg den Versuch mit der Ständesvertretung machte. Mißglücke er, wäre nicht viel verloren; glückte er, so könnte Großes gewonnen werden: Ruhe, politische und soziale Wiedergenesung des deutschen Volkes.



Aus den Jugendjahren der Sozialdemokratie

1



nsre Sozialdemokratie will, obwohl sie im deutschen Reiche ihr Brot verdient und sich im deutschen Reichstage vertreten läßt, keine deutsche Partei sein, und ihrem Ursprunge nach ist sie das auch nicht. Den vaterländischen Interessen nicht bloß abgekehrt, sondern feindlich, verfolgt sie eingestandenermaßen Ziele, die auf den Umsturz aller bisher die einzelnen Völker zusammenhaltenden und entwickelnden Staaten, auch der republikanischen, hinauslaufen und zuletzt in der Herstellung einer neuen Gesellschaft, einer neuen Menschheit ihren Gipfelpunkt erreichen sollen, auf dem unbedingte Gleichheit nicht bloß des Rechtes, sondern auch des Besitzes herrscht. Ihrer Herkunft nach aber ist sie eine Französin, eine Tochter des Geistes der Revolution, der die Welt seit 1789 immer von neuem umzuwerfen und umzugestalten bestrebt ist, und der, wenn es nicht gelingt, ihn dauernd zu fesseln, damit fortfahren wird, bis er seine Kräfte erschöpft hat.

In den folgenden geschichtlichen Betrachtungen werfen wir einen Blick auf die theoretischen Anfänge und die ersten gewaltsamen Versuche der Sozialdemokratie, ihre Lehre zu verwirklichen. Wie diese Lehre außerhalb Frankreichs, vorzüglich von deutschen Juden weiter ausgebildet, und wie ein späterer Versuch, sie ins praktische Leben einzuführen, in der Pariser Kommune unternommen wurde